

Silvianer Zeitung

Erscheint wöchentlich zweimal: Donnerstag und Sonntag früh.

Schriftleitung und Verwaltung: Prešernova ulica Nr. 5. Telefon 21. — Anzeigen werden in der Verwaltung gegen Berechnung billigster Gebühren entgegengenommen. Bezugspreise: Für das Inland vierteljährig K 24.—, halbjährig K 48.—, ganzjährig K 96.—. Für das Ausland entsprechende Erhöhung. — Einzelne Nummern 1 Krone.

Nummer 8

Donnerstag den 27. Jänner 1921

3. [46.] Jahrgang

Volkszählung.

Eine Regierungsverordnung verfügt, daß mit dem 28. Jänner im ganzen jugoslawischen Reiche die Volkszählung zu beginnen habe. Die hierbei gewonnenen Daten und Ziffern werden auf Jahre hinaus für die Bewohner dieses Staates von grundlegender Bedeutung sein. Denn in einem demokratischen Lande werden die Angehörigen der einzelnen Volksstämme nicht gewogen, sondern gezählt und darum muß auch das deutsche Volk in Jugoslawien, das eine qualitative Wertung nicht zu scheuen braucht, die volle Ziffer erreichen, um seinen berechtigten Wünschen und Forderungen die gebührende Geltung zu verschaffen.

Deutsche Landsleute! Wir wenden uns in diesem entscheidenden Augenblicke mit einem ernsten Worte an euch. Wir haben, besonders in Slowenien, seit den Tagen des Umsturzes an äußerem Einfluß und an der Stärke der Zahl manches eingebüßt und vieles ganz verloren; aber die eigene Würde, die Achtung vor uns selbst, die Treue gegen einander, ist uns geblieben und muß uns bleiben.

Wir sind nicht Fremde auf diesem Boden. Wohin das Auge fällt, überall erheben sich aus der Vergangenheit stumme und doch berebte Zeugen der Kulturarbeit unserer Väter. Und dem Andenken der Vorfahren, die in ihren Werken und in uns fortleben, schulden wir Treue.

Deutsche Männer und Frauen! Diese Treue, die auch der Gegner an euch hochschätzen wird, besteht in der Erhaltung eurer Eigenart, in dem Bekenntnis zu eurem Volkstum. Nur darin seid ihr stark und vollwertig und könnet dem Staate, dessen Bürger ihr seid, euer Bestes geben. Ihr habt keine Ursache, euer Deutschtum zu verleugnen oder euch dessen zu schämen. Indem ihr euch zu eurem Volke bekennet, fordert ihr niemand heraus, sondern erfüllt bloß eine ehrenvolle Pflicht.

Genossenschaftswesen in Rußland.

Im Jännerheft der Deutschen Rundschau ist ein Aufsatz von Hermann v. Rosen dem „Genossenschaftswesen im heutigen Rußland“ gewidmet. In der Einleitung erklärt der Verfasser, daß man der Elastizität und wirtschaftlichen Widerstandskraft, mit der die russische Nation bereits mehr als sechs Jahre Krieg führt und furchtbare Hungernot, verheerende Seuchen und wildeste Anarchie überstanden hat, Verwunderung nicht versagen könne. Zur Hoffnung, daß die jetzigen traurigen wirtschaftlichen Zustände vielleicht schon in wenigen Jahren überwunden werden können, berechtigt vor allem das überraschend schnelle Anwachsen und Ausblühen der Genossenschaften in Rußland, zu denen sich in den schweren Existenzkämpfen der letzten Jahre die verschiedensten Berufskreise in immer zunehmendem Maße zusammenschließen.

Die erste Konsumgenossenschaft im eigentlichen Rußland bildete sich erst 1899. Der Weltkrieg hat die Bewegung in den ersten Jahren wesentlich gefördert, da die immer fühlbarer werdenden Verpflegungs- und Transportschwierigkeiten die Regierung und die ländlichen Selbstverwaltungen veranlaßten, die Konsumgenossenschaften nach Kräften zu unterstützen. Der größte Aufschwung trat aber erst seit der Märzrevolution von 1917 ein. Die grundstürzenden Umwäl-

Wenn vielleicht der eine oder der andere aus irgend welchem Grund sich bei einer früheren Zählung als schwach erwies, so ist auch für einen solchen der Zeitpunkt da, sich wieder auf sich zu besinnen und nach außen zu bekunden, was er im Innern geblieben ist. Ein tapferer Sinn, ein aufrechter Charakter wird überall geachtet, während Mutlosigkeit und Schwäche zwar ausgenützt, aber nirgends geehrt wird.

Deutsche Väter und Mütter! Denkt an eure Kinder! Ihnen wollt ihr als kostbarstes Erbe die deutsche Muttersprache hinterlassen, in ihre Herzen wollt ihr mit der Treue zu eurem Volke die Treue zu euch selber einpflanzen. Denket aber auch an deutsche Kinder anderer Eltern! Vielleicht ist gerade eure Stimme ausschlaggebend für die Wiedererrichtung deutscher Schulen.

Der deutsche Kaufmann, der deutsche Handwerker, der deutsche Bauer wird nicht zu befürchten brauchen, daß ihm jemals aus seinem Bekenntnis zur deutschen Nation irgend ein Schaden an seiner Existenz erwachsen könnte. Denn gerade als Kaufleute, gerade als Handwerker, gerade als Bauern werden die Deutschen in der ganzen Welt als Deutsche gewertet. Auch der südslawische Staat weiß deutsche Tüchtigkeit und deutschen Fleiß und deutsche Arbeit in ihrer aufbauenden Wirkung zu würdigen. Laßt euch durch die Erscheinungen einer Uebergangszeit in dieser Ueberzeugung nicht irremachen! Auch für die Deutschen in diesem Reiche bricht bald der Tag einer besseren Zukunft an!

Wir leben in einem demokratischen Lande. Es wäre Vermessenheit, von den Behörden eines Rechtsstaates anzunehmen, daß sie die Freiheit des Bekenntnisses irgendwie beschränken oder aus der selbstverständlichen Tatsache irgend welche für die betreffenden Menschen nachteilige Folgerungen ableiten würden. Bürgen hiefür sind das Gelöbnis unseres Thronfolgers, der Geist der Verfassung und der Schutz internationaler Satzungen.

zungen dieses Jahres haben auf wirtschaftlichen Gebieten gewisse, bis dahin mehr oder weniger unterdrückte Volkskräfte freigemacht, die sich in einer für die Sowjetregierung unerwarteten und unerwünschten Weise betätigten. Bei der radikalen Vernichtung der Altiengeellschaften, des gesamten privaten Handels- und Bankwesens durch die regierenden Doktrindäre müßte eine erfolgreiche Tätigkeit der neu entstandenen Finanzgenossenschaften eigentlich ganz ausgeschlossen erscheinen. Tatsächlich aber befaßten sich diese Verbände zum Teil schon mit großen Handelsunternehmungen, wie auch die Genossenschaftsbanken, die einzigen, die heute in Rußland bestehen, bereits ganz zufriedenstellend arbeiten.

Von allergrößter Bedeutung sind natürlich die landwirtschaftlichen Produktivgenossenschaften, denn die russische Agrarfrage, die für die zukünftige Entwicklung Rußlands von ausschlaggebender Bedeutung ist, muß heute noch mehr als früher als weitaus wichtigste aller inneren Fragen gelten. Auf diesem Gebiete haben sich in überraschend kurzer Zeit wunderbare Wandlungen vollzogen. Aus dem wüsten Chaos des Jahres 1918 hat sich ein ganz neues Agrarsystem herauskristallisiert, das die kühnsten Träume Sokraps mit seiner großzügigen Agrarreform weit übertrifft und für Lenin und seine Abjerten eine fast tragische Bedeutung gewinnt. Schon vor dem Kriege hatte sich ein

Darum, deutsche Männer und Frauen, frei und offen zu eurem Volkstum bekannt! Seid, was ihr geltet: Deutsche!

Verblendung.

Der Weltkrieg hat der französischen Nation politisch zwar den Sieg, moralisch aber eine Niederlage gebracht, deren Größe mit fortschreitender Zeit immer mehr in Erscheinung tritt. Denn die zivilisierte Menschheit gewahrt zu ihrem Erstaunen, daß die Ideale der Kultur, der Freiheit und der Selbstbestimmung, zu deren Schutze Frankreich angeblich in den Krieg gezogen war, nichts anderes sind als die Zerrbilder französischer Rachsucht, Herrschgier und Heuchelei. Wäre das Unglück, das der in den Friedensverträgen sich austobende französische Chauvinismus über den größten Teil Europas ausgebreitet hat, nicht so furchtbar — man wäre versucht, diese Entlarvung der „ritterlichen Nation“ als eine der wertvollsten Errungenschaften des Weltkrieges hinzustellen.

An dem Schicksal der deutschösterreichischen Republik spiegelt sich die Verblendung der französischen Politik mit düsterer Deutlichkeit. Die Pariser Staatsmänner haben aus der Geschichte nichts gelernt, sie vergessen sogar auf die Lehren des Weltkrieges. Mit einem Eigensinn, der ans Krankhafte grenzt, versuchen sie, sich dem rollenden Rad der natürlichen Entwicklung in die Speichen zu werfen und dem deutschösterreichischen Volkstamm den Anschluß ans Deutsche Reich unmöglich zu machen.

Neuestens haben sie nun wieder einen Plan ausgeheckt, der Deutschösterreichs sogenannte Unabhängigkeit gewährleisten sollte. Darnach soll der gesamte Rohstoffbedarf dieses Landes von den anderen Nachfolgestaaten unter Beistellung der diesen fehlenden Rohstoffe durch die Westmächte und unter der finanziellen Garantie der Entente gedeckt und gleichzeitig die österreichisch-ungarische Bank in eine Notenbank umgewandelt werden, die eine für alle Nachfolgestaaten gemeinsame Export- und Importvaluta emittieren soll.

Auch dieses französische Projekt wird ebenso wie die bisherigen an der Macht der Verhältnisse

solider Kern von Großbauern gebildet, die seit 1917 alle bolschewikischen Anzapsungen mit bewaffneter Hand zurückwiesen. Außerdem haben in der Zeit der chaotischen Wirren überall die tüchtigsten und unternehmendsten Elemente der Landwirtschaft sich der herrenlos gewordenen Bodenfläche bemächtigt, so daß schon 1919 81 Prozent des anbaufähigen Landes in Privatbesitz übergegangen waren. Die Angaben der Sowjetregierung vom Sommer 1920, wonach sich damals 9 Prozent des nutzbaren Bodens im Besitz von Genossenschaften befanden, bieten kein Bild von der weiten Verbreitung dieser landwirtschaftlichen Verbände. Denn die großen Schwierigkeiten der Bodenbestellung, der Mangel an Saat Korn, Zugtieren, Ackergerät und Maschinen mußte auch die Bauern mit Privatbesitz überall zu genossenschaftlichem Zusammenschluß drängen, vor allem zur Bildung ländlicher Konsumvereine. Bereits im Anfang 1918 befand sich die Leitung der Genossenschaften überall in den Händen der Intelligenz, der „kapitalistischen Bourgeoisie“ und sogar des ehemals grundbesitzenden Adels, welcher Zustand die Diktatur des Proletariats zu erbittertem Widerstand aufrief. Der Erfolg des von der Regierung im April 1918 erlassenen Dekrets, durch das vor allem die Bourgeoisie aus der Leitung der Genossenschaften nach Möglichkeit ausgeschaltet werden sollte, kann nur ein sehr mäßiger gewesen sein, da die Re-

zustanden werden. Es hat vor allem den einen Fehler, daß es weit mehr vom politischen als vom wirtschaftlichen Standpunkte aus entworfen worden ist. Die Schaffung einer den Nachfolgestaaten gemeinsamen Export- und Importvaluta soll offensichtlich das Band sein, durch das diese Länder zu einer Föderation zusammengeschlossen werden sollen. In Paris hält man also noch immer an dem Plane eines Donaubundes fest. Diese gemeinsame Valuta würde dem Nationalgelde sämtlicher Nachfolgestaaten, also auch dem südslawischen und dem tschechoslowakischen, die internationale Marktfähigkeit nehmen und sie nach außen hin als ein Münzgebiet, in weiterer Folge aber auch als ein Wirtschaftsgebiet erscheinen lassen. Die gemeinsame Währung hätte natürlich auch die Gemeinsamkeit der Handelspolitik zur Folge, denn es ist nicht denkbar, daß in Wien und Belgrad, Budapest und Prag verschiedene Handelspolitiken gemacht werden könnten bei gleicher Auslandsvaluta. Gemeinsame Handelspolitik bedeutet aber in der Praxis auch gemeinsame Außenpolitik, womit der französische Plan in seiner Durchführung bei der Wiederaufrichtung der alten österreichisch-ungarischen Monarchie anlangen würde. Der Zweck der ganzen Aktion wäre wiederum die Verhinderung des Anschlusses Deutschösterreichs an Deutschland. Aus diesem Grunde mutet Frankreich den Staatslenkern in Belgrad und Prag zu, daß sie auf die Selbständigkeit ihrer Länder wieder verzichten sollen!

Weit richtiger hat ein Pariser Bericht, der in einem slowenischen Blatte erschienen ist, die Lage erfaßt, indem er für Deutschösterreich nur drei Möglichkeiten zuläßt: Befreiung des Landes durch Entente-Truppen, Aufteilung an die benachbarten Nachfolgestaaten oder Anschluß an Deutschland. In ähnlichem Sinne hat, wie wir in Wiener Blättern lesen, auch Sir Good der englischen Regierung die Lösung des deutschösterreichischen Problems dargestellt, nur daß er, gleichsam als Vorspiel für den Einmarsch der Entente-Truppen, den Ausbruch einer Bolschewikenherrschaft ins Ralkül zieht. So unnatürlich und gefährlich nun auch die beiden ersten Auswege erscheinen mögen, im Grunde genommen müßten sie doch wieder in den Anschluß an Deutschland ein. Denn der Bolschewismus könnte sich nur in Wien eine Zeitlang halten und die deutschösterreichischen Länder würden auf ihn genau so wie auf einen Aufteilungsversuch mit dem faktischen Anschluß an Deutschland antworten.

Daß die künstlichen wirtschaftlichen Absperungen der Nachfolgestaaten fallen müssen, wenn sie alle miteinander gesunden wollen, darüber besteht nirgends der geringste Zweifel und auch die Belgrader Staatsmänner verschließen sich, den Äußerungen der führenden serbischen Blätter nach zu urteilen, dieser Erkenntnis nicht. Aber die französische Politik verhindert diese natürliche Entwicklung der Dinge. Denn solange man in Paris mit Föderationsplänen operiert, werden unsere Staatslenker ebenso wie die tschechoslowakischen in berechtigter Sorge um ihre Souveränität diese Absperungsmaßregeln aufrechterhalten.

gierung schon im März 1919 ein zweites Dekret erließ, durch das die Genossenschaften ganz aufgehoben und durch eine zentrale „Kommune der Verbraucher“ ersetzt werden sollten. Aber auch diese Verfügung konnte nicht durchgeführt werden, so daß die Regierung im November 1919 den Entschluß faßte, die ganze wirtschaftliche Versorgung Rußlands den Genossenschaften zu übertragen, wobei die letzteren natürlich unter scharfer Kontrolle der Volkskommissare und des zentralen „Volkswirtschaftsrates“ verblieben.

Soweit man nach den spärlich fließenden Nachrichten urteilen kann, werden die Genossenschaften vor allem die Grundlage bilden, auf der ein wirtschaftlicher Wiederaufbau Rußlands möglich erscheint. Die Genossenschaften haben der rücksichtslosen Gewalt Herrschaft der Bolschewiken, der stählernen Energie des Diktators Lenin und dem zähen Fanatismus des Disjudentums erfolgreich Widerstand leisten können. Sie haben nicht nur als wirtschaftspolitischer Machtfaktor, sondern auch in sozialpolitischer Beziehung eine große Bedeutung. Sie sind ihrem Wesen nach vom Marxismus ebenso weit entfernt wie vom Kammonismus. Da schon die ersten in England gegründeten Genossenschaften von dem Grundgedanken geleitet wurden, dem kleinen Mann eine möglichst selbständige Stellung zu schaffen, so sind sie im höchsten Grade antikommunistisch. Und darin liegt, wie der Verfasser am Schlusse betont, heute ihr größter Wert.

Die Umsatzsteuer.

(Schluß.)

Die Steuerfälle für die Umsatzsteuer sind folgende:

a) Handelsgeschäfte, welche Waren verkaufen, die nicht importiert werden, Gewerbetreibende, Lebensmittelgeschäfte, Transportunternehmungen, Vergnügungsetablissemments, Lieferanten, Unternehmer und andere, welche mit Privatpersonen Geschäfte abschließen, zahlen an Umsatzsteuer so viel, als sie an direkten Steuern zugänglich aller Staatszuschläge zahlen;

b) Industrien und Fabriksunternehmungen, ob private oder Aktiengesellschaften, Großgrundbesitzer für ihre verarbeiteten Produkte zahlen 1 Prozent von den verkauften Produkten;

c) Unternehmer, Lieferanten, Arrendatoren und ähnliche, wenn sie auf Rechnung des Staates oder autonomer Behörden arbeiten, zahlen 1 Prozent der bedungenen Summe, wenn sie für Privatpersonen arbeiten, aber nach Punkt a);

d) für Verkäufe von Großvieh mit Viehpaß ist 1 Prozent des Verkaufspreises zu zahlen;

e) Aktiengesellschaften und zur öffentlichen Rechnungslegung verpflichtete Geldinstitute zahlen für Geldgeschäfte 2 Prozent des Bruttoertrages der genehmigten Bilanz; für andere Geschäfte zahlen sie nach Punkt a), in welchem Falle der Reinertrag dieser Geschäfte als Grundlage für die Berechnung der direkten Steuer gilt; für Industriegeschäfte gilt Punkt b), für Unternehmer- und Lieferantengeschäfte Punkt c);

f) für Waren, welche bei Inkrafttreten dieses Gesetzes bereits importiert waren, sind bei Luxuswaren 10 Prozent, bei anderen 2 Prozent des Verkaufspreises zu zahlen.

In allen bisherigen Fällen ist die Steuer in Silber zu bezahlen.

g) Für Waren, welche über Zollämter eingeführt werden, wenn sie auch vom Zoll befreit sind, soviel als der Zoll beträgt; wenn sie Luxuswaren sind, soviel als der Zoll beträgt mit einem Aufschlag von 10 Prozent des Wertes.

Diese Steuer ist in Gold oder in Silber nach dem Goldkurse zu bezahlen.

Als Luxuswaren werden alle jene Gegenstände betrachtet, welche in der Beilage angeführt sind. Unter dem Titel der Umsatzsteuer samt 10-prozentigem Zuschlag bereits bezahlte Summen werden nicht zurückgeben, wenn nach diesem Tarife die Steuer geringer ist, noch wird eine Nachzahlung verlangt werden, wenn sie höher ist.

Alle Industrieunternehmungen, alle Geldinstitute und Aktiengesellschaften, welche Industriebetriebe haben, und alle Großgrundbesitzer, welche ihre verarbeiteten Produkte verkaufen, sind verpflichtet, ein besonderes Warenverkaufsbuch zu führen, in welches sie täglich ihren Umsatz eintragen. Bei Summen über K 40.000 ist auch der Name des Käufers einzutragen. Das Buch muß paginiert sein; ist in Ordnung, ohne Radieren und Nachtragseintragungen zu führen und von den Finanz-(Steuer-)Behörden zu vidieren. Fünf Tage nach Ablauf des Quartals ist das Buch der Finanz-(Steuer-)Behörde vorzulegen und zugleich die Steuer zu bezahlen. Neben dem Buch ist auch eine genaue Abschrift vorzulegen. Die Behörde bestätigt im Buch die Einzahlung, ebenso auch auf der Abschrift, welche bei der Behörde bleibt.

Für die effektive Eintreibung der Steuer gelten die allgemeinen Bestimmungen der Steuer-gesetze; für die Verjährung die Bestimmungen des Gesetzes über die direkten Steuern in den einzelnen Provinzen.

Eine Restituierung dieser Steuer kann verlangt werden, wenn namens dieser Steuer mehr eingehoben wurde, als das Gesetz vorschreibt; im Falle einer Befreiung von den Umsatzsteuern; im Falle der Ausfuhr heimischer Industrieartikel; im Falle, daß Private Sachen einführen, die sie zum persönlichen Bedarf und zum Haushalt bedürfen (Möbel, Kleider, Geschirr u. a.). Eine Restituierung kann nur dann erfolgen, wenn das Gesuch drei Monate vom Tage der Einzahlung der Steuer an überreicht wird. Das Gesuch ist bei jener Behörde einzureichen, wo die Steuer gezahlt wurde. Im Falle es sich um Restituierung der Steuer für Gegenstände des häuslichen Bedarfes handelt, ist das Gesuch an die Generaldirektion der direkten Steuern zu richten.

Industrieunternehmungen, Aktiengesellschaften, Geldinstitute sind mit K 400 bis 20.000 zu bestrafen, wenn sie ihre Warenverkaufsbücher gar nicht

oder nicht ordentlich führen oder sie zur vorgeschriebenen Zeit nicht vorlegen, mit K 400 bis 80.000, wenn sie in dasselbe nicht alle abgewickelten Geschäfte eintragen. Außerdem haben sie die verheimlichte Umsatzsteuer zehnfach zu bezahlen. Mit K 200 bis 4000 wird ein Großviehkäufer bestraft, der den Verkaufspreis geringer angibt oder das Vieh ohne Paß verkauft. Mit K 20.000 bis 40.000 werden jene bestraft, welche bei der Aufstellung ihrer jetzt bereits importierten Ware falsche Angaben machen. Außerdem wird ihnen die ganze versteckte Ware beschlagnahmt.

Personen, welche der Behörde bei der Aufspürung versteckter Waren an die Hand gehen, erhalten ein Viertel des Wertes der aufgefundenen Waren als Belohnung. Der Name des Angebers ist auf seinen Wunsch geheim zu halten.

Gegen alle Entscheidungen und Bescheide in Umsatzsteuerangelegenheiten ist in 15 Tagen vom Tage ihrer Zustellung der Rekurs an die Generaldirektion der direkten Steuern offen, der auch dem Vertreter des Staates zusteht, welchem alle diese Entscheidungen zur Unterschrift vorzulegen sind.

Die Liste der Luxusgegenstände und die Ansätze der 10-prozentigen Wertzuschläge tragen wir nach.

Politische Rundschau.

Inland.

Die Parteiverhältnisse in der Konstituante.

Die Bemühungen zur Herstellung einer tragfähigen Regierungsmehrheit in der Konstituante nehmen einen schleppenden Verlauf. Zum einen scheitern die Anstrengungen an den Quertreibereien einzelner Führer und Unterführer, welche durch Aufstellung irgendeiner Sonderforderung ein Sprungbrett für ihre weitere politische Laufbahn zu gewinnen suchen, zum andern Teil stehen die in den Wählerversammlungen allzu eifrig vertretenen Parteigrundsätze einem Einvernehmen zwischen den einzelnen Gruppen vorläufig noch hindernd im Wege. Eine Regierungskoalition muß sich auf die beiden serbischen Hauptparteien, die radikale und die demokratische, stützen und bedarf noch der Verstärkung durch andere Parteien, als welche gegenwärtig die Landarbeiter und die Muselmanen noch am ehesten in Betracht kommen. Der jugoslawische Klub und der kroatische Nationalklub haben sich in den Schmolzwinkel zurückgezogen, wogegen die Kommunisten aus ihrer grundsätzlichen Oppositionsstellung nicht herauszubringen sind, da sie durch einen allfälligen Anschluß an die Regierungsmehrheit den Boden unter ihren Füßen zu verlieren fürchten. Die Anhänger der kroatischen Radik-Partei bleiben den Sitzungen der Konstituante nach wie vor fern; sie halten in Agram ihre Beratungen ab und senden bloß von Zeit zu Zeit einen Unterhändler nach Belgrad ab, um wegen einer allfälligen Mitarbeit die Fühler auszustrecken und mit der Regierung und den Parteien in Verbindung zu treten. Zweck und Erfolg dieser Taktik sind vorläufig noch in Dunkel gehüllt.

Das parlamentarische Arbeitsprogramm.

In Belgrader politischen Kreisen glaubt man, daß es der Regierung in nächster Zeit gelingen werde, eine sichere Mehrheit für die Verfassung und das Wahlgesetz zusammen zu bringen. Die Arbeit des Verfassungsausschusses würde sich bis Ende März in die Länge ziehen, worauf sich die Konstituante mit dem Gesetzentwurf beschäftigt und die Debatte darüber spätestens Ende Juli beenden werde. Danach soll das neue Wahlgesetz verabschiedet werden, auf Grund dessen für den Herbst die Neuwahlen für das ordentliche Parlament ausgeschrieben werden sollen.

Die Gemeinderatswahlen in der Woivodina und in Slowenien.

Wie aus Belgrad gemeldet wird, hat der Ministerrat beschlossen, die Gemeindevahlen in der Woivodina (Banat, Batschka und Barania) auf Grundlage der Wählerlisten für die Konstituante auszusprechen. Ueber Antrag des neuen Handelsministers Dr. Kulovec ist diese Verfügung auch auf die Gemeinderatswahlen in Slowenien ausgedehnt worden. Die Marburger Volksstimme bezeichnet diesen Ministerratsbeschuß als eine Lumperei, weil hiedurch alle optionsberechtigten jugoslawischen Staatsbürger, auch wenn sie vom Optionsrechte keinen Gebrauch gemacht hätten, vom Gemeindevahlrechte ausgeschlossen würden. So

sehr und so gerne wir die läbliche Tendenz dieser Kritik des sozialdemokratischen Organes anerkennen, möchten wir uns doch, insoweit wir den genauen Wortlaut der Verordnung nicht kennen, einer gewissen Zurückhaltung im Urteil befleißigen. Denn erstens ist es ganz gut möglich, daß der Ministerrat in Kenntnis des Artikels VII des zwischen der Entente und dem SHS-Staate abgeschlossenen Staatsvertrages über die politische Gleichberechtigung aller jugoslawischen Staatsbürger den auf die optionsberechtigten Konstituantenwähler bezughabenden Paragraphen gestrichen bzw. abgeändert hat. Und wenn nicht, so kann man sich zweitens immerhin der Erwartung hingeben, daß der Wortlaut des erwähnten Staatsvertrages in absehbarer Zeit einmal im Belgrader Amtsblatte veröffentlicht und auf diese Weise auch dem Ministerrat zur Kenntnis gebracht werden wird, zumal da, nach den bisherigen Erfahrungen zu urteilen, selbst die erfolgte Ausschreibung der Gemeindevahlen durchaus keine Bürgschaft dafür bietet, daß sie auch tatsächlich zum angelegten Zeitpunkte stattfinden werden. Im übrigen würde der Versuch, die deutschen Staatsbürger auch bei den Gemeindevahlen vom Wahlrechte auszuschließen, nachdem mit Ablauf der Optionsfrist jeglicher scheinbare Vorwand zu deren Entrechtung entfallen ist, internationale Weiterungen nach sich ziehen können, vor deren Folgen sicherlich alle verantwortlichen Stellen im SHS-Staate zurückzucken werden.

Eine Sprachenverordnung für die Staatsämter.

Dem Slovenski Narod zufolge hat die Belgrader Regierung an alle untergeordneten Ämter eine Verordnung herausgegeben, derzufolge im amtlichen Verkehr mit dem Auslande der Gebrauch einer jugoslawischen oder der französischen Sprache vorgeschrieben wird. Ebenso dürfen Zuschriften ausländischer Ämter, welche nicht in einer dieser Sprachen abgefaßt wären, nicht angenommen werden. Das zitierte Blatt begrüßt diese Verordnung, welche eine Nachbildung eines ähnlichen Sprachenlasses in der Tschechoslowakei darstellt, mit größter Genugung, weil dadurch die deutsche Vermittlungssprache aus dem Amtsverkehr ein für allemal ausgeschaltet werden. Wir möchten diesem Ausbruch der Freude unsererseits den aufrichtigen Wunsch anfügen, daß zumindest bei uns in Schweden genügend der französischen Sprache mächtige Beamte vorrätig seien, damit zu den sonstigen Komplikationen, die wir mit dem Auslande ohnehin schon haben, nicht noch überflüssiger Weise nach tschechoslowakischem Muster die babylonische Sprachenverwirrung dazutrete.

Die Stellung der Deutschen im SHS-Staate.

Die in Agram erscheinende Wochenschrift Nova Europa behandelt die Frage der völkischen Minderheiten nach dem von Bischof Strohmayer herrührenden Geleitworte: „Wir können der Freiheit und Kultur nur dann würdig werden, wenn wir dieselbe Freiheit auf alle diejenigen ausdehnen, mit denen wir in Berührung kommen, mögen sie welchen Glaubens und Stammes immer sein.“ Ein Aufsatz des genannten Blattes weiß zu berichten, daß der bekannte englische politische Agent Scotus viator, dessen wahrer Name Seaton-Watson ist, als er vor kurzem das Banat besuchte, sich sehr für die dort lebenden Deutschen interessierte und Daten über den Stand ihres völkischen, kulturellen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebens verlangt habe. Es soll ihm die Auskunft erteilt worden sein, daß die Deutschen nationalbewußt und kulturell wie wirtschaftlich das stärkste Volk in der Wojwodina seien. Ihre politische Loyalität sei ihnen von den Magyaren übel gelohnt worden. Infolgedessen habe sich nach dem Umsturz die junge und fortschrittliche Intelligenz sofort in die neuen Verhältnisse gefunden und an der völkischen, kulturellen und wirtschaftlichen Sammlung aller Volksgenossen zu arbeiten begonnen. Die Organisation des Schwäbisch-deutschen Kulturbundes sei von der Regierung bestätigt worden, weil sie nicht unterjochte, sondern gleichberechtigte Staatsbürger brauche. Das wirksamste Argument dürste aber wohl sein, daß sich die Slowenen in Deutschösterreich, die Kroaten und Slowenen in Italien, die Serben und Rumänen in Ungarn in derselben Minderheitslage befinden wie die Deutschen in Jugoslawien.

Ausland.

Die Anschließbewegung in Deutschösterreich.

Am 20. d. M. fand in Wien eine Sitzung des Exekutivkomitees der Staats-, öffentlichen und Fest-

angestellten sowie von Gewerbetreibenden und Wirtschaftsorganisationen statt, in der einstimmig der Antrag zum Beschlusse erhoben wurde, in aller nächster Zeit eine Demonstration für den Anschluß an Deutschland zu veranstalten und eine an die Adresse der Kulturnationen gerichtete, gleichlautende Entschliebung des Inhaltes zu beschließen, daß die Deutschösterreicher unter keinen Umständen eine Versklavung ertragen wollen, nie auf das Recht der Selbstbestimmung verzichten werden und daß ihr unverrückbares Ziel der Anschluß an das Deutsche Reich sei. Gleichzeitig soll der Nationalrat aufgefordert werden, unverzüglich die Volksabstimmung über den Anschluß durchzuführen.

Bisherige Leistungen Deutschlands an die Entente.

Der amtlichen Deutschen Allgemeinen Zeitung zufolge hat das Deutsche Reich an die Verbündeten bisher einen Betrag von rund 21.2 Milliarden Goldmark entrichtet. Das Guthaben für Kohlenlieferungen an Frankreich aus den Saarbergwerken beträgt 200.000 Goldmark. Das abgelieferte Eisenbahnmateriale erreicht einen Wert von rund 1.6 Milliarden Goldmark; landwirtschaftliche Maschinen und Geräte einen solchen von 29 Millionen Goldmark. Die abgelieferte Handelsflotte im Umfange von 2.900.000 Brutto-Registertonnen ist mit 7.3 Milliarden Goldmark zu bewerten. Für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete sind industrielle Maschinen und andere Gegenstände im Werte von etwa 1 Million Goldmark abgeliefert worden. Der Gesamtwert der an Frankreich abgegebenen Lebendtiere, darunter 40.000 Pferde und 416.000 Stück Vieh, beläuft sich auf 237 Millionen Goldmark. Die Gesamtleistungen an Kohle erreichen die Summe von rund 656 Millionen Goldmark, an Farbstoffen und chemisch-pharmazeutischen Erzeugnissen (9400 Metertonnen) einen solchen von 226 Millionen Goldmark. Die Saarbergwerke und die Kohlenbaufelder stellen ein Wert von 483 Millionen Goldmark, die Reservenfelder des preussischen Fiskus mit den gesamten Kohlenvorräten für 50 Jahre einen solchen von 558 Millionen Goldmark dar. Der Gesamtwert des in französischer Verwaltung befindlichen Saarbeckens betrug im Juli 1914 weit über 1000 Millionen Goldmark. Der Wert an verlorenem Reichs- und Staatseigentum, Gebäuden, Forsten u. d. gl. erreicht rund 4.5 Milliarden Goldmark. Die über den Rhein in das Elsaß führenden Eisenbahn- und andere Brücken haben einen Wert von 8.6 Millionen Goldmark. Der Eigentumswert der beschlagnahmten deutschen Rabelgesellschaften wird mit 85 Millionen Goldmark veranschlagt. Der Rückzug der Fronttruppen hat den Verbündeten Güter im Werte von 2.5 Milliarden Goldmark überlassen. Für die Besatzungstruppen in den Rheinlanden, für ihre Requisitionen, soweit sie bis jetzt festgestellt sind, hat Deutschland einen Gesamtbetrag von 450 Millionen Goldmark oder rund 4.5 Milliarden Papiermark aufgewendet. Für die verschiedenen alliierten Kontrollkommissionen sind bis Ende November des v. J. 40.8 Millionen Goldmark oder 4.9 Milliarden Papiermark ausgegeben worden.

Die Donau-Schiffahrtsgesellschaften.

Warrens Wochenschrift berichtet: Die Vereinigung sämtlicher Schiffahrtsgesellschaften für den Donauverkehr unter englischer Führung hängt von der Auseinandersetzung mit Rumänien ab, das bisher die Vereinigung der Donau-Schiffahrtsgesellschaften unter englischer Flagge bekämpfte. An der Seite der Rumänen kämpfen die Franzosen, die überall zu finden sind, wo die Gegnerschaft gegen England Ausdruck sucht. Die Bauarbeiten für die Verbesserung des Wasserstandes in der Donau sollen im kommenden Frühjahr in Angriff genommen werden.

Truppenansammlung an der russisch-polnischen Grenze.

Zur Aufrechterhaltung der Ordnung soll das Abstimmungsgebiet in Wilna, dem auf Grund des Friedensvertrages die freie Entscheidung zwischen Rußland und Polen zugesichert ist, mit Entente-Truppen besetzt werden. Die russische Regierung knüpft aber ihre Zustimmung zu dieser Maßnahme an die Bedingung, daß Sowjetrußland zuvor vom Völkerbunde anerkannt werde, widrigenfalls das russische Militär an den Abschnitt von Wilna vorgehen und dortselbst die Entente-Truppen angreifen werde. Wie der ukrainische Pressedienst meldet, ist seit mehreren Tagen beiderseits an der russisch-polnischen Grenze eine lebhaftige Bewegung wahrzunehmen. Die Russen hätten die siebente und fünf-

zehnte Armee aufgeboden, welche die Bestimmung haben, über Danaburg und die Eisenbahnlinie Schawly und Roschdary nach Wilna vorzurücken, wogegen die Polen fieberhafte Vorbereitungen treffen, um die Eisenbahnlinie Grodno-Wilna und Wilna-Molebetschno in Verteidigungszustand zu setzen.

Amerikanisch-japanisches Wettrüsten.

In einer amerikanischen Zeitung stellt Präsident Harding die Forderung auf, daß die Flotte der Vereinigten Staaten im Jahre 1924 die stärkste der Welt sein müsse. Wie aus englischen Blättern hervorgeht, hat sich Harding inoffiziell mit Australien und Kanada in Verbindung gesetzt, um im gegebenen Falle ein gemeinsames Vorgehen der drei Flotten im Stillen Ozean sicherzustellen. Die Spitze dieser Aktion richtet sich, wie nicht näher auszuführen ist, gegen Japan, welches die amerikanische Politik mit großer Aufmerksamkeit verfolgt und in englischen Werften große Bestellungen von Kriegsschiffen in Auftrag gegeben hat.

Aus Stadt und Land.

Auf der außerordentlichen Generalversammlung des südslawischen Journalistenvereines wurde beschlossen, daß sich alle Blätter strengstens aller persönlichen Angriffe und Beleidigungen von Redaktionsmitgliedern anderer, wenn auch politisch gegnerischer Blätter zu enthalten haben. Dieser Beschluß sollte bei einer ersten Presse als überflüssig erscheinen; daß aber eine solche Selbstverständlichkeit erst beschlossen werden mußte, deutet darauf hin, daß irgendwelche Blätter die Gepflogenheit haben, den Mangel an sachlichen Argumenten durch persönliche Attacken gegen mißliebige gegnerische Redakteure zu ersetzen.

Das Agrarier Tagblatt hat in der letzten Zeit zwei Leitartikel aus der Cillier Zeitung wörtlich übernommen, ohne die Quelle anzugeben. So wurde unser Originalbericht „Unsere Kohle“ vom 9. Jänner in der Nummer des Agrarier Tagblattes vom 14. Jänner und unser Aufsatz „Ursachen und Gefahren der Transportmiserere“ vom 16. Jänner in der Nummer des zitierten Blattes vom 18. Jänner zum Abdruck gebracht. Wir haben gewiß nichts dagegen einzuwenden, wenn Originalaufsätze der Cillier Zeitung durch Wiedergabe in anderen Blättern auch in solchen Kreisen Verbreitung finden, die nicht unserem Abnehmerstande angehören, und erheben im Interesse der Sache keinerlei Einspruch dagegen, daß unsere Ausführungen von anderen Zeitungen mit der Marke der Originalität versehen werden. Wogegen wir uns aber verwahren müssen, ist die Art und Weise, wie unser zweiter Aufsatz „Ursachen und Gefahren der Transportmiserere“ vom Agrarier Tagblatt wiedergegeben wurde. Der Artikel wurde nämlich überschrieben mit „Ljubljana, 15. Januar“, sodaß also, da die betreffende Nummer der Cillier Zeitung das Datum vom 16. Jänner trägt, bei uneingeweihten Lesern der Eindruck erweckt werden könnte, als ob wir den Aufsatz aus derselben Laibacher Quelle abgedruckt hätten. Gegen eine solche Verschleierung der Wahrheit müssen wir mit aller Entschiedenheit Stellung nehmen. Da wir nun nicht annehmen können, daß diese Vordatierung von einer Zeitung vom Range des Agrarier Tagblattes durchgeführt worden wäre, so bleibt bloß die Schlußfolgerung übrig, daß die Redaktion des genannten Blattes von ihrem Laibacher Mitarbeiter mystifiziert wurde. Es würde nach unserer Ansicht journalistischem Brauche entsprechen, wenn die Schriftleitung des Agrarier Tagblattes nach Überprüfung des Sachverhaltes den Irrtum in loyaler Weise richtigstellen und für die Hintanhaltung allfälliger Wiederholungen Sorge tragen wollte.

Ernennung. Wie uns aus Graz gemeldet wird, wurden im deutschösterreichischen Staats-telegraphendienst die Telegraphenkontrolloren Martin Graz und Rudolf Laa zu Obertelegraphenkontrolloren bei gleichzeitiger Einteilung in die 7. Rangklasse, ferner der Telegraphenassistent Johann Krobath in Troben zum Telegraphenoberoffizial zweiter Klasse ernannt.

Evangelisches. In Pettau findet am 30. Jänner um halb 3 Uhr nachmittags im Besaale der Gemeinde ein evangelischer Gottesdienst statt. Unmittelbar nach dem Gottesdienste wird auch eine Religionsstunde gehalten werden.

Die Generalversammlung des Handlungsgremiums in Cilli findet Donnerstag, den 27. d. M. um halb 7 Uhr abends, im kleinen Saale des Karolni Dom statt. Die Tagesordnung

enthält die üblichen Punkte. Neuwahlen werden nicht vorgenommen werden.

Die Blatternimpfung in Cilli findet für Männer Mittwoch, den 26., für Frauen und Kinder Donnerstag, den 27. I. M., im Magistratssaal statt. Mit Rücksicht auf die Gefahr der Ausbreitung der Blatternseuche wird jedermann, der in den letzten fünf Jahren nicht mit Erfolg geimpft worden ist, aufgefordert, sich dieser Impfung zu unterziehen.

Das Post- und Telegraphenamt in Cilli verlautbart amtlich: Alle Post- und Telegraphenämter haben den Auftrag erhalten, vorläufig die Annahme von 20-Dinarbanknoten einzustellen, bis sie die genaue Beschreibung der Fälskate erhalten. Sobald dies der Fall sein wird, wird das Publikum wieder verständigt werden.

Für Besitzer von Kriegsanleihe. Der Finanzminister hat angeordnet, daß alle Besitzer von österreichischen und ungarischen Kriegsanleihen, welche sie bisher nicht abstampeln ließen, dies bis zum 15. März nachholen können, und zwar bei den Delegationen des Finanzministeriums in Laibach, Agram, Split (Spalato), Neusatz und Sarajewo, sowie bei der Generaldirektion der Staatsschulden.

Behufs Einschränkung des Schmuggels hat das Finanzministerium eine Verordnung ausgearbeitet, der zufolge die bisher geltenden Strafen wesentlich verschärft wurden. So wurde das bisherige höchste Strafmaß von einem Jahre Kerker auf zehn Jahre erhöht.

Wiener Modewoche im Februar 1921. Es wird nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß in der Zeit vom 31. Jänner bis 7. Februar die zweite Modewoche in Wien stattfindet, an der sich über 150 einschlägige Firmen beteiligen, welche die neuesten Schaffungen auf dem Gebiete der Mode in ihren Ateliers vorführen werden. Interessenten, die keine Einladung erhalten haben, mögen sich an die

Geschäftsstelle: Kammer für Handel, Gewerbe und Industrie, Wien, I., Stubenring 8 wenden. Nähere Auskünfte über Reisemöglichkeit, Valutabeschaffung und Aufenthaltbewilligung erteilt die Zweigstelle des deutschösterreichischen Warenverkehrsbüros in Ljubljana (Laibach), Resljeva cesta 1/II.

Banknoten zu 50 Mark. Die deutsche Reichsbank macht die Besitzer von 50-Markbanknoten aufmerksam, dieselben bis 31. I. M. zu wechseln, da sie mit diesem Tage ihre Geltung verlieren. Vom 31. Jänner ab werden diese Banknoten nur noch von der deutschen Reichsbank in Berlin angenommen werden.

Wirtschaft und Verkehr.

Italien und unser Holzhandel. Alle wirtschaftlichen Kreise unseres Staates, in erster Linie die zahlreichen Holzproduzenten, Händler und Industriellen, haben die Klärung unserer politischen und wirtschaftlichen Beziehungen mit Italien kaum erwarten können, die es ihnen ermöglichen sollte, in größtem Ausmaße ihre Arbeiten zu entfalten. Trotz der unzähligen Schwierigkeiten, die sich in der Produktion, im Handel und in der Industrie ergaben und noch immer ergeben, konnte dieser bedeutende Zweig unserer Volkswirtschaft dank der Solidität unserer Unternehmungen und unserer Kapitalkraft größere Krisen überwinden und die kritische Zeit ohne schwerere Erschütterungen und schlimme Folgen durchhalten. Trotz der passiven Haltung Italiens, das uns die Tür im eigenem Hause für die Ausfuhr versperrt hat, haben wir den Handel gefördert und eine genügende Zahl von Käufern in den westlichen Ländern gefunden. Wir haben auf teuren Umwegen ausgeführt, die in der letzten Zeit unsere Konkurrenz auf dem Weltmarkte beinahe vernichtet hätten. Die Vorbereitungen in Santa Marghe-

rita haben zwar die Frage freier Häfen wenigstens einigermaßen erwogen, von den neuen Handelsverträgen mit Italien versprechen wir uns jedoch einen neuen, ständigen Erfolg. Auf Suschat legen die Kreise der Produzenten, Händler und Industriellen der Holzbranche nach wie vor den allergrößten Wert und sehen mit großer Zuversicht schon dem kommenden Frühjahr entgegen. Dieser Optimismus ist aber nur dann berechtigt, wenn wir in weitestem Umfange die Arbeit aufrecht erhalten. Auf solche Weise könnten wir auf dem Felde der Arbeit die Verluste ausgleichen, die wir in nationaler und politischer Hinsicht erlitten haben. Im entgegengesetzten Falle werden wir von den Fiumaner Holzhändlern abhängig werden, eine Abhängigkeit, die ebenso drückend sein wird, wie die widerwillig geschlossenen Abmachungen des Vertrages von Rapallo. Der Hafen von Suschat würde uns für die erste Not und für die Zeit der Entwicklung unseres Holzhandels beinahe genügen.

Aufschwung der deutschen Schiffsahrtbewegung. Im Dezember 1918 war der Tiefstand des Hamburger Hafensverkehrs mit 23.823 Nettoregistertonnen der von See angekommenen Schiffe erreicht. Das ist etwa der Stand des Jahres 1855. Der Verkehr stieg langsam auf 171.479 Tonnen im Juni 1919, wo ein kleiner Rückschlag folgte. Im Dezember 1919 betrug die Tonnenzahl schon 240.085, und im Dezember 1920 ging es in scharf aufsteigender Kurve auf 644.391 Tonnen.

Amerikanische Beteiligungen an der tschechoslowakischen Textilindustrie. Sehr bedeutende amerikanische Interessentengruppen unterhandeln wegen des Ankaufes zweier der größten Textilunternehmen in der Tschechoslowakei. Auch andere Fabriken der Woll- und Leinenindustrie in Deutschösterreich und in der Tschechoslowakei sollen durch amerikanische Interessentengruppen erworben werden.

Oberschlesier!

Personen, die in Oberschlesien geboren sind und an der Abstimmung über das Schicksal Oberschlesiens teilzunehmen beabsichtigen, wollen sofort persönlich oder schriftlich nähere Auskunft bei der Deutschen Gesandtschaft in Belgrad, Krunska ulica 37, einholen.

Kinderklappwagen zu kaufen gesucht.

Gefl. Anträge an die Verwaltung des Blattes. 26747

Koloser u. Stadtberger Eigenbau-Weine

verkauft Schwab, Pettau.

Zimmerhängelampe

für elektrische Beleuchtung, und einfaches Speiseservice für 6 Personen zu verkaufen. Zu sehen von 1-3 Uhr. Adresse in der Verwaltung des Blattes. 26746

100 bis 150 Waggon Brennholz

für Kalköfen, halbtrocken, Buchenscheit oder Prügel, Birken, Föhren oder Fichten, 1 Meter geschnitten, keine schweren Klötze, werden für das heurige Jahr zur sukzessiven, monatlichen regelmässigen Lieferung sofort zu kaufen gesucht.

Offerte erbeten an Veletrgovina M. Oswatitsch, Celje.

Fräulein mit Jahreszeugnissen sucht Posten als

Verkäuferin

in einer Bäckerei, Konditorei oder Delikatessengeschäft, geht auch als Kassierin, als welche sie schon gedient, in Schank, Café oder in sonst ein Geschäft. Adresse in der Verwaltung des Blattes. 26724

Maschinschreiberin

mit gutem Zeugnis sucht Posten für sofortigen Eintritt. Adresse in der Verwaltung des Blattes. 26745

Verlässlicher

Kutscher

gesetzten Alters, wird sogleich aufgenommen bei Franz Filipič, Fleischhauer, Maribor.

Kleines Gut

mit einem solid gebauten Wohnhaus oder ein Landhaus mit Garten an der Südbahn zu kaufen oder zu pachten gesucht. Anträge an die Verwaltung des Blattes. 26748

Zl. 288/21

Amtliche Kundmachung

in deutscher Uebersetzung.

Oeffentliche Versteigerung

Bei der öffentlichen Lizitation am 1. Februar 1921 um 9 Uhr vormittags werden in der ehemaligen Kantine der Schemalkaserne verschiedene Möbelstücke, wie Stellagen, Tische, Stühle, ferner Flaschen, Gläser u. s. w. versteigert.

Stadtmagistrat Celje, 24./1. 1921.

Für den Regierungskommissär: Dr. Fohn.

Echtes Ultramarin-Waschblau

in Kugeln und Pulverform nur en gros zu haben beim alleinigen Erzeuger F. Turin in Celje.

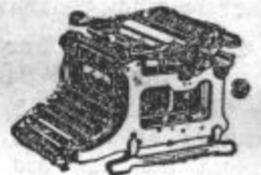
1 Paar Damenschuhe

Nr. 36 sind zu verkaufen. Gaberje Nr. 9, 1. Stock.

Perfekte

Haus Schneiderin

empfiehlt sich den geehrten Damen. Olga Kremet, Nikolaiberg Nr. 27.



Alte, doch gut erhaltene, sowie neue Schreibmaschinen

kaufen Sie am besten u. billigsten im Ersten Spezialgeschäft f. Schreibmaschinen

Eduard Legat, Maribor

Slovenska ulica (Burggasse) Nr. 7, neben Wögerer. Telefon Nr. 100, interurban.

Vertretung der Continental-Schreibmaschine

Für Damen!

Während in Deutschland der Weg zur Ehe durch den „Lebensbund“ gut organisiert ist und eine Auswahl leicht getroffen werden kann, ist hier dies dem Zufall überlassen. Mein Bekanntenkreis ist sehr klein und die Auswahl gleich Null. Ich gehöre nicht zu jenen die blind sind, sondern ich will suchen und wählen. Da mir kein anderer Ausweg übrig bleibt, so zerhaue ich den gordischen Knoten und wähle die Zeitung. (Die Einleitung ist absichtlich länger, weil viele unvernünftigerweise gegen das Heiratsinferat sind.)

Die ich suche, soll folgende Eigenschaften haben: Alter 22 bis 28 Jahre, gut erzogen und gebildet, lieb, hübsch, wirtschaftlich, von sympathischer Erscheinung, musikalisch, naturliebend, nicht vergnügungssüchtig, überhaupt brav und vermögend sein. Doch ist die Höhe des Vermögens nicht ausschlaggebend, da ich selbst vermögend bin. Auch würde ich ganz gern in ein größeres Unternehmen einheiraten, da ich kaufmännische Kenntnisse und Organisationsstalent besitze. Es könnte unter günstigen Umständen auch eine Witwe sein. Bemerkem möchte ich, daß ich Christ bin, und selbst zwei größere Unternehmungen besitze. Also keine Mitgiftjägerin!

Um den Verkehr zu erleichtern, können die Antwortbriefe chiffriert und ohne Photographie abgegeben werden; doch bitte ich um eine genaue Lebensbeschreibung und Schilderung der persönlichen Verhältnisse. Nur ernstgemeinte Zuschriften wollen an die Verwaltung der Cillier Zeitung unter „Ich will es wagen! 26752“ gefendet werden. Nichtpassendes wird zurückgelendet. Verschwiegenheit selbstverständlich.